

Abstimmung vom 2.12.2001

Kein zweiter Coup: Nur wenige wollen die Armee abschaffen

Abgelehnt: Volksinitiative «für eine glaubwürdige Sicherheitspolitik und eine Schweiz ohne Armee»

Brigitte Menzi

Dieser Artikel ist erstmals 2010 im «Handbuch der eidgenössischen Volksabstimmungen 1848–2007» erschienen, welches von Wolf Linder, Christian Bolliger und Yvan Rielle herausgegeben und beim Haupt Verlag publiziert wurde.

Empfohlene Zitierweise: Menzi, Brigitte (2010): Kein zweiter Coup: Nur wenige wollen die Armee abschaffen. In: Linder, Wolf, Christian Bolliger und Yvan Rielle (Hg.): Handbuch der eidgenössischen Volksabstimmungen 1848–2007. Bern: Haupt. S.609–610.

Herausgeber dieses Dokuments: Swissvotes – die Datenbank der eidgenössischen Volksabstimmungen. Année Politique Suisse, Universität Bern, Fabrikstrasse 8, 3012 Bern. www.swissvotes.ch.

VORGESCHICHTE

Ziemlich genau zehn Jahre nach dem Überraschungserfolg der ersten GSoA-Initiative (vgl. Vorlage 357) mit 35,6% Jastimmen reicht dieselbe Gruppe am 10. September 1999 erneut ein Begehren «für eine glaubwürdige Sicherheitspolitik und eine Schweiz ohne Armee» ein. Als einen möglichen konkreten Ansatz zur Umsetzung einer neuartigen Sicherheitspolitik sehen die Initianten die gleichzeitig eingereichte Volksinitiative «Solidarität schafft Sicherheit: Für einen freiwilligen zivilen Friedensdienst (ZFD)» (vgl. Vorlage 483).

Der Bundesrat empfiehlt dem Parlament beide Vorlagen zur Ablehnung mit der Begründung, die Armee sei auch künftig ein unentbehrliches Instrument für die Verteidigung des Landes. Keine Chance hat die Initiative für eine Schweiz ohne Armee: In der kleinen Kammer, die das Begehren als Erstrat behandelt, kann das Anliegen nicht eine einzige Stimme für sich gewinnen, mit 38 zu 0 wird die Initiative eindeutig verworfen. Auch im Nationalrat überwiegt insbesondere bei den Bürgerlichen die Meinung, die Initiative sei naiv und gehe von utopischen Annahmen aus; einzig die Grünen und ein Teil der SP stellen sich hinter das Volksbegehren. In der Schlussabstimmung resultieren 108 Nein- zu 33 Jastimmen. Trotz der breiten Ablehnung im Parlament beschliesst das Initiativkomitee, an seinem Begehren festzuhalten. Dabei mag die Hoffnung mitgespielt haben, wie 1989 (vgl. Vorlage 357) einen Überraschungserfolg zu verbuchen.

GEGENSTAND

Die Bundesverfassung soll wie folgt geändert werden: Die Schweiz hat keine Armee, niemand darf militärische Streitkräfte halten. Die Beteiligung an internationalen Friedensbemühungen ist von dieser Regelung ausgenommen. Zivile Aufgaben werden von zivilen Behörden übernommen. Die Sicherheitspolitik des Bundes ist darauf ausgerichtet, Ungerechtigkeiten abzubauen und Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern, den sozialen Gruppen und den Völkern sowie eine verträgliche Verteilung der natürlichen Ressourcen zu fördern.

ABSTIMMUNGSKAMPF

Noch unter dem Eindruck der Terroranschläge in New York vom 11. September 2001, ist das Stimmvolk wenig empfänglich für die Argumente der GSoA. Im Gegenteil, das Thema Sicherheit ist plötzlich in aller Munde, kaum jemand mag sich eine Schweiz ganz ohne militärische Landesverteidigung vorstellen. Das Argument der Initianten, dass die Armee gerade neuartigen Bedrohungen wie dem Terrorismus, aber auch der Klimaerwärmung oder der Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen hilflos gegenüberstehe, kann nur wenige überzeugen. Die SP ringt einmal mehr mit dem Spagat zwischen pazifistischer Überzeugung und Regierungsverantwortung und beschliesst schliesslich Stimmfreigabe. Somit wird die Initiative einzig von der GPS und der PdA unterstützt. Sämtliche bürgerlichen Parteien geben die Neinparole aus. Unterstrichen wird von den Gegnern der Vorlage neben der militärischen auch die wirtschaftliche Bedeutung der Armee.

ERGEBNIS

Am 2. Dezember 2001 werden bei einer mässigen Beteiligung von 37,9% beide Volksinitiativen von Volk und Ständen verworfen. Die Initiative zur Abschaffung der Armee erhält dabei mit einem Jastimmenanteil von lediglich 21,9% noch weniger Zustimmung als die Vorlage zum Friedensdienst (vgl. Vorlage 483). Am massivsten ist die Ablehnung im Kanton Appenzell Innerrhoden, wo das Begehren mit 88,5% Neinstimmen verworfen wird.

Wie aus der Nachbefragung hervorgeht, unterschieden sich die beiden Initiativen hinsichtlich Abstimmungsprofil und Wahrnehmung kaum. Wer die Friedensdienst-Initiative verwarf, war auch gegen die Abschaffung der Armee und umgekehrt. Dabei wurde die Initiative für eine Schweiz ohne Armee als die wichtigere von beiden empfunden, was sich auch in der Kenntnis des Inhalts ausdrückte: Beinahe drei Viertel aller Befragten wussten, worum es bei der Initiative für eine Schweiz ohne Armee ging, bei der Friedensdienst-Initiative weniger als die Hälfte.

Der Anteil Jastimmen lag bei der Initiative für eine Schweiz ohne Armee im Vergleich zur Armeeabschaffungsinitiative von 1989 um 14 Prozent niedriger. Die Stimmbeteiligung nahm vor allem dort ab, wo die Vorlage 1989 die meisten Jastimmen verzeichnen konnte, nämlich im linken Lager und bei den parteiungebunden Stimmenden. Letztere stimmten 2001 mehrheitlich gegen die Abschaffung der Armee. Beinahe unverändert hoch blieb die Ablehnung im rechten Lager. Sowohl fehlende Mobilisierungswirkung als auch ein verändertes Stimmverhalten dürften somit zur deutlichen Ablehnung der Initiative geführt haben.

Ein Grossteil der Neinstimmenden begründete den Abstimmungsentscheid mit der Notwendigkeit einer Armee für ein Land. Dies, obwohl sich eine knappe Mehrheit der Befragten damit einverstanden erklärte, dass die Schweiz gegenwärtig von Gefahren bedroht sei, auf die man nicht mit militärischen Mitteln antworten könne.

QUELLEN

BBI 2000 4825; BBI 2001 2871. Erläuterungen des Bundesrates. APS 1999 bis 2001: Sicherheitspolitik – Armee – Abschaffung der Armee. Vox Nr. 75. Bühlmann et al. 2006: 84–86.

Ein Literaturverzeichnis mit den ausführlichen bibliographischen Angaben finden Sie auf unserer Website www.swissvotes.ch.